

**E**UROOPA

#  
**W**ERK

 **S**TATT

2 0 1 4

# INHALTSVERZEICHNIS

---

- |   |   |
|---|---|
| <b>4</b><br>Unconference                                    | <b>18</b><br>"Das Thema Flüchtlinge habe ich mir nicht gesucht"       |
| <b>6</b><br>Mehr Geld für Europa?!                          | <b>20</b><br>Zwischen Wunsch und Wirklichkeit                         |
| <b>8</b><br>Europa hat gewählt                              | <b>22</b><br>Wie die EU auf Russland reagieren muss                   |
| <b>10</b><br>Wann Streiten wir uns endlich über EU-Politik? | <b>23</b><br>Aufregungsspirale stoppen und gemeinsame Lösungen finden |
| <b>12</b><br>Von der EWS nehm ich mit...                    | <b>24</b><br>Zeit für große Gedanken                                  |
| <b>13</b><br>Sozialtourismus in Europa                      | <b>25</b><br>Wie sollte die GASP aussehen, Herr Moos?                 |
| <b>14</b><br>Darum Europawerkstatt                          | <b>26</b><br>Der Sonntag  |
| <b>16</b><br>Prostitution in Europa                         |   |

---

## IMPRESSUM

Viermonatsschrift der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland e.V.,  
Ausgabe 04/2014,  
Sonderausgabe zur Dokumentation der Veranstaltung Europawerkstatt 2014  
Herausgeber: Junge Europäische Föderalisten Deutschland e.V.  
V.i.S.d.P.: Lutz Gude  
Chefredaktion: Konstanze Moritz  
Redaktion: Lutz Gude, Sandra Schumacher, Marco Schwarz  
Layout: Julia Biermeier  
Fotos: Konstanze Moritz, Christian Weickhmann  
Druck: Fata Morgana, Verlag: Eigenverlag  
Redaktionsanschrift: JEF-Deutschland, Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin  
info@jef.de  
jef.de/magazin | europawerkstatt.eu | treffpunkteuropa.de  
twitter.com/jef\_de | facebook.com/jef.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Die inhaltliche Verantwortung liegt beim jeweiligen Autor.



**Erasmus+**

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Union durch das Programm JUGEND IN AKTION finanziert. Der Inhalt dieses Projektes gibt nicht notwendigerweise den Standpunkt der Europäischen Union oder der Nationalagentur JUGEND für Europa wieder und sie übernehmen dafür keine Haftung.

# Liebe Leserinnen und Leser,

die dritte Europawerkstatt der JEF liegt nun hinter uns und das neue Jahr steht bereits vor der Tür. Man ist geneigt zu sagen: Jahr sieben nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine ganze Generation von Schülerinnen und Schülern ist mittlerweile mit den Stichwörtern „Die Griechen sind...“ und „Die Franzosen machen...“ aufgewachsen, und die Sätze zu vervollständigen würde kein gutes Licht auf den Gemütszustand des Europäischen Projekts werfen. Dabei hilft auch nicht der objektive Hinweis darauf, dass die Wirtschaftsdaten in den Krisenstaaten langsam wieder in die richtige Richtung deuten.

Das Versprechen der Europäischen Union, „Demokratie, Wohlstand und freie Entfaltung“ für alle Menschen zu mehren hat seit geraumer Zeit in der breiten Bevölkerung deutliche Risse bekommen. Sichtbar abzulesen ist dieser Faktor am Ergebnis der letzten Europawahl. Nicht nur die Wahlbeteiligung war europaweit wieder erschreckend schwach. Dieses Mal haben die Wählerinnen und Wähler in großen Teilen auch den Grundkonsens pragmatischer Politik aufgekündigt. Ein Drittel aller EU-Abgeordneten ist latent oder offen eurokritisch, in Frankreich haben die Rechtsradikalen sogar die relative Mehrheit der Stimmen erlangt. Es ist in einigen Kreisen wieder salonfähig, offen gegen Demokratie und Menschenrechte zu polemisieren. Unser gesamtes Wertesystem steht, so scheint es, in Teilen der europäischen Gesellschaft offen zu Disposition.

Was ist unsere Antwort darauf? Zu oft erlebe ich noch heute pro-europäisch intendierte Veranstaltungen, die mehr Gedenkveranstaltungen unter dem Primat des Friedensbekenntnisses gleichen, als eine Idee von der Zukunft zu entwickeln. Unsere Idee von Europa muss endlich die Nachkriegszeit hinter sich lassen. Europa muss sein Versprechen von Demokratie, Wohlstand und freier Entfaltung wieder in den Mittelpunkt stellen, progressiv und vor allem auf die Zukunft und nicht das Gestern gerichtet. Die Voraussetzung hierfür ist aber mehr Europa und nicht weniger. Wir brauchen ein Europa, das mit dem Euro nur noch eine Währung kennt, ein Europa, das keine Grenzen mehr akzeptiert und ein Europa, in dem wir außenpolitisch mit einer Stimme sprechen. Aber wir brauchen auch ein solidarisches Europa, das allen Unionsbürgern gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt und das langfristig einen hohen Lebensstandard für alle ermöglicht.

Für die Umsetzung all dieser Vorhaben brauchen wir ein starkes und vom Volk direkt gewähltes Parlament, das die Kompetenzen hat, um Politik des Volkes durch das Volk und für das Volk entscheidend zu gestalten. Wenn wir Europäer bei den weltweiten Problemen des 21. Jahrhunderts weiterhin ein gewichtiges Wort mitsprechen wollen, brauchen wir eine Debatte darüber, wie uns all das gelingen kann, und vor allem brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens.

Ich freue mich deshalb sehr, dass auf der JEF-Europawerkstatt bereits zum dritten Mal wegweisende Debatten geführt werden konnten und wünsche Euch eine interessante Lektüre!

Europäische Grüße,

**David Schrock**

JEF-Bundesvorsitzender

32  
Organisationen

# UNCONFERENCE

## Jeder kann mitmachen!

130  
Teilnehmer\*innen

13  
Helfer\*innen

18  
Sessions

3  
Tage

Der Gedanke hinter einer Unconference ist die Potentiale der unterschiedlichen Teilnehmer\*innen und Gäste zu nutzen. Denn jede\*r Teilnehmer\*in kann potenziell etwas interessantes zur Veranstaltung beitragen. Es wird dabei auch nicht zwischen Gästen/Entscheidungssträgern und den teilnehmenden Jugendlichen unterschieden. Dem Prinzip folgend "Jede\*r kann - und soll auch - mitmachen!", steht und fällt eine solche Veranstaltung auch immer mit der Motivation ihrer Teilnehmer\*innen. Daran

mangelte es auch bei der diesjährigen Europawerkstatt nicht. Fast schon ein wenig routiniert, vor allem aber häufig schon methodisch durchdacht, wurden eine breite Palette unterschiedlicher Session-Vorschläge eingereicht.

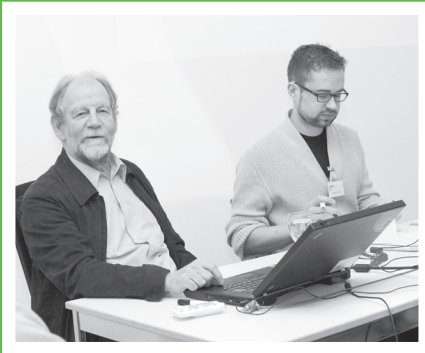
Erstmalig wurde auch das Zeitfenster von bisher gewohnten 60 Minuten auf 90 Minuten erweitert um letztlich dem Austausch mehr Raum zu geben. Nach Abstimmung der Interessenlage, füllte sich der Sessionplan, aufgeteilt in drei Zeitfenster, mit insgesamt 18 Sessions.

aktiv **JEUF**

SESSIONS

Time	Location	Topic	Speaker
11:10	MARSEILLE	INVESTITIONS STRATEGIE @	DANIEL S.
	TURKU	EUROPA <sup>12</sup> WAHLRECHT	MANUEL M.
	ISTANBUL	KLIMA & MOBILITÄT @	MICHAEL CRAMER
13:45	MARSEILLE	BILDUNGS <sup>6</sup> POLITIK GRÖßER AN SCHULEN	DAVID + MARINA
	TURKU	TTIP <sup>12</sup>	DAVID K.
	ISTANBUL	SOZIAL- <sup>16</sup> TOURISMUS	ANGELIKA
15:45	MARSEILLE	VERFASSUNG <sup>15</sup>	MANUEL M. JULIAN M.
	TURKU	PROSTITUTION <sup>13</sup> Massentrödel	LENA
	ISTANBUL	DIGITALS <sup>12</sup>	TIMO ZWIEN MARVIN
	RIGA	STREIT <sup>10</sup>	ALEXANDER
	LIVERPOOL	FLÜCHTLINGE <sup>9</sup> IN DEUTSCHLAND	MARINA
	FORUM	YOUNG EXPERTS <sup>8</sup>	TIMO
	RIGA	EUROPA 2040 <sup>13</sup>	XIONNE
	LIVERPOOL	WERTE <sup>17</sup>	LINN
	FORUM	EBI PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE	HILDE <sup>EV</sup>
	RIGA	RUSSLAND <sup>39</sup>	MARCO
	LIVERPOOL	ARMEE <sup>7</sup>	DAVID
	FORUM	ENERGIE <sup>10</sup>	JOHANNES

# EUROPA HAT GEWÄHLT



Bei der Europawahl im Mai traten zum ersten Mal Spitzenkandidaten der europäischen Parteienfamilien gegeneinander an. Jean-Claude Juncker, Martin Schulz oder Ska Keller vermochten es jedoch nicht, mehr Wähler als in den vergangenen Jahren zu mobilisieren. Fast 60 Prozent der Wahlberechtigten blieben zuhause und verzichteten auf die Stimmabgabe. Während Konservative und Sozialdemokraten Sitze verloren, gewannen Rechte und Linke Stimmen hinzu.

Nichtsdestotrotz wurde Juncker als Wahlgewinner nach einigem Hin und Her vom Europäischen Rat zum Kommissionspräsidenten vorgeschlagen und von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit großer Mehrheit gewählt. Wie gut unsere europäische Volksvertretung aufgestellt ist, was die Wahl für die Richtung der europäischen Integration bedeutet und was man daraus für die Zukunft lernen kann, lest Ihr auf den nächsten Seiten.

# EUROPA HAT GEWÄHLT

“Diesmal geht’s um mehr!“ So lautete der Slogan des Europäischen Parlaments für die Europawahl im Mai 2014. Dieses „Mehr“ waren vor allem die Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten, die die europäischen Parteien erstmals schon vor der Wahl nominierten. Für die Bürger bedeutete dies in einer zentralen Personalfrage mehr demokratische Entscheidungsmacht: Sie hatten die Wahl zwischen Jean-Claude Juncker von der Europäischen Volkspartei (EVP) und Martin Schulz von der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Ein Affront waren die Spitzenkandidaten hingegen für die nationalen Regierungschefs im Europäischen Rat, bei denen das formale Vorschlagsrecht für den Kommissionspräsidenten liegt. Bis lange nach der Wahl war es daher offen, ob sie den Vorstoß des Parlaments wirklich akzeptieren würden.

Als Reaktion auf diese Abwehrhaltung des Europäischen Rates vereinbarten die Fraktionschefs der EVP, der SPE sowie der liberalen ALDE schon im April, dass sie alle den Kandidaten unterstützen würden, dessen Fraktion bei der Europawahl die meisten Sitze erreichen würde. Tatsächlich fiel das Rennen außerordentlich knapp aus. Die EVP, bislang mit Abstand stärkste Partei in der EU, hatte in der Eurokrise eine harte Austeritätspolitik vertreten und wurde von vielen Wählern für die Rekordarbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Sie büßte deshalb massiv ein und landete mit europaweit rund 40,3 Millionen Stimmen knapp hinter der SPE (40,4 Millionen). Da das Europawahlrecht aber kleine Länder und Länder mit niedriger Wahlbeteiligung bevorzugt und

die SPE viele ihrer Stimmen im großen und stark mobilisierten Italien erzielte, hatte bei der Sitzverteilung am Ende doch die EVP die Nase vorn: Sie gewann 221 Sitze (-53), die Sozialdemokraten nur 191 (-5). In der Folge stellte sich das Europäische Parlament fast geschlossen hinter Juncker, der sich dadurch auch im Europäischen Rat gegen seine Gegner durchsetzen konnte.

Die beiden großen Parteien waren allerdings nicht die einzigen, die Spitzenkandidaten nominierten. Besonderen Aufwand betrieb dabei die Europäische Grüne Partei (EGP) mit einer europaweiten Online-Vorwahl. Diese „Green Primary“ war die erste überstaatliche Wahl jemals, bei der in allen Ländern dieselben Kandidaten antraten und das Prinzip „eine Person, eine Stimme“ angewandt wurde. In den Medien war sie jedoch kaum präsent, und so war zuletzt die Frustration groß, als insgesamt nur knapp 23.000 Menschen daran teilnahmen. Auch bei der Europawahl selbst schnitten die Grünen nur mäßig ab (50 Sitze/-7) und entwerteten schließlich ihr eigenes Demokratieexperiment, indem sie die beiden Spitzenkandidaten Ska Keller und José Bové nicht einmal als neue Fraktionsvorsitzende wählten.

Generell zeichnete sich die Europawahl durch eine Schwächung des Zentrums und Zugewinne an den Rändern des politischen Spektrums aus. Hauptursache dafür waren wohl die Nachwirkungen der Wirtschaftskrise, die viele Wähler dazu brachten, sich von den etablierten Parteien abzuwenden. So legte die Europäische Linkspartei mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Alexis Tsipras vor allem in dem von Arbeitslosigkeit gebeutelten Südeuropa zu und kam auf insgesamt 52 Sitze (+17).



Die liberale ALDE unter Guy Verhofstadt hingegen büßte stark ein (67/-16), was vor allem am schwachen Abschneiden ihrer deutschen und britischen Mitgliedsparteien FDP und LibDems lag.

Die meiste Medienaufmerksamkeit zogen zweifellos die rechtskonservativen und nationalistischen Parteien auf sich. Das europaskeptische Lager machte zwar numerisch nur begrenzte Zugewinne, erfuhr dabei aber eine deutliche Radikalisierung. Die bisherigen Mitglieder der EKR-Fraktion, die von den britischen Konservativen angeführt wird, verloren eigentlich sogar Sitze. Die Fraktion kompensierte dies jedoch, indem sie viele neue, weiter rechts stehende Parteien aufnahm – etwa die dänische DF oder die deutsche AfD. Zuletzt gelang es den Rechtskonservativen dadurch, mit 70 Mandaten (+13) die ALDE als dritte Kraft im Parlament zu überholen.

Einen harten Nachwahl-Wettkampf lieferten sich schließlich die europaskep-

tische EFDD-Fraktion um den Briten Nigel Farage und das Rechtsaußenbündnis EAF um die Französin Marine Le Pen. Beide waren auf nationaler Ebene mit ihren jeweiligen Parteien (UKIP und FN) stärkste Kraft geworden. Um im Europäischen Parlament eine Fraktion gründen zu können, benötigten sie jedoch noch Abgeordnete aus sechs weiteren Ländern. Letztlich hatte dabei Farage vor allem dank der Unterstützung der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung sowie einer FN-Überläuferin die Nase vorn. Mit 48 Sitzen (+17) bildet die EFDD die kleinste Fraktion im Parlament. Die EAF (41 Sitze/+30) bleibt hingegen fraktionslos, zusammen mit einer Handvoll rechtsextremer (7/-1) und sonstiger nicht europäisch organisierter Abgeordneter (4/-10).

Was wird bleiben von der Europawahl 2014? Das Spitzenkandidatenverfahren setzte mit Sicherheit neue demokratische Maßstäbe und wird auch in Zukunft nicht mehr rückgängig zu machen sein. Dieses Jahr

allerdings ließen der Widerstand aus dem Europäischen Rat sowie die weiterhin größtenteils national geführten Wahlkämpfe der Parteien noch viele Beobachter an der Ernsthaftigkeit des neuen Verfahrens zweifeln. Meist erreichten die Spitzenkandidaten deshalb nur in ihren jeweiligen Herkunftsländern eine gewisse Medienpräsenz. Hinzu kam, dass Schulz und Juncker für viele Wähler kaum unterscheidbare Positionen vertraten. Die erhoffte Trendumkehr bei der Wahlbeteiligung blieb deshalb vorerst aus: Europaweit sank sie noch einmal leicht von 43,0 auf 42,5 Prozent.

Wenn sich das 2019 ändern soll, müssen im nächsten Europawahlkampf die Unterschiede zwischen den großen Parteien deutlicher werden. Bei der nächsten Europawahl sollte es nicht mehr nur um „mehr“ gehen – sondern um „etwas“.

**MANUEL MÜLLER**

[foederalist.blogspot.com](http://foederalist.blogspot.com)

# MEHR GELD FÜR EUROPA?!

Ende November hat die Europäische Kommission ihre „Investitionsoffensive“ präsentiert, deren Ziel es ist, wirtschaftliches Wachstum anzukurbeln und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. In der Session von Daniel Sahl, Vorstandsmitglied der Europäischen Bewegung Deutschland, wurde die Ausgestaltung des Pakets vorgestellt und kritisch beleuchtet.

Der Investitionsplan ist das erste große Projekt der Juncker-Kommission und verfolgt neben der Ankurbelung der Wirtschaft vor allem das Ziel, wieder Vertrauen in die Europäische Union herzustellen. Angesichts einer Investitionslücke von insgesamt 500 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorkrisenniveau, gibt es gerade in den von der Krise besonders stark betroffenen Staaten oftmals kaum Möglichkeiten für Unternehmen, sich Kredite für Investitionen zu beschaffen. Der Bedarf für öffentliche und private Investitionen ist daher sehr groß. In der Session wurde die Frage aufgeworfen, ob durch den Fonds auch wirklich den Staaten und Menschen geholfen wird, die bislang am stärksten von den europäischen Krisenerscheinungen betroffen sind? Durch das Investitionspaket sollen aus 16 Milliarden Euro aus EU-Mitteln insgesamt bis zu 315 Milliarden Euro generiert werden, da die öffentlichen Mittel durch den zusätzlichen Einsatz privater Investitionen aufgefüllt werden sollen. Dieser „Hebeleffekt“ soll in den nächsten drei Jahren das 15-fache aus der europäischen Anschubfinanzierung herausholen, um möglichst viele Kredite vergeben zu können. Der Grundstock des Fonds in Höhe von 16 Milliarden Euro ist

hingegen kein „neues Geld“, sondern besteht aus bislang anderweitig verplanten Mitteln aus dem EU Budget, die nun in den Investitionsfonds umgewidmet werden.

Hier werden auch schon die beiden größten Probleme des Fonds deutlich:

Die angestrebten 315 Milliarden Euro sind zum einen keineswegs eine feste monetäre Größe. Das Erreichen der 315 Milliarden Euro als Zielmarke hängt davon ab, wieviel Vertrauen – und damit auch finanzielle Mittel – externe Geldgeber wie Versicherungs- und Fondsgesellschaften dem Fonds schenken. Zum anderen stellt der Fonds „nur“ Kredite zur Verfügung, die nach einer Laufzeit von 10 bis 20 Jahren wieder abbezahlt werden müssen – inklusive Zinsen versteht sich, denn sonst würde sich die Investition für private Geldgeber nicht lohnen. Hier stellt sich die Frage, ob ein solches, rein kreditfinanziertes Programm, wirklich die von der Europäischen Kommission erwarteten Wachstumsimpulse aussenden kann?

Demnach ist die konkrete Ausgestaltung des Fonds und die Auswahl von Investitionsprojekten bislang noch sehr ungenau, wie auch die Europaabgeordnete Jutta Steinruck bestätigen konnte. Das Europäische Parlament will sich dafür einsetzen,



über die Vergabe der Fonds mitzuentcheiden, um so die Investitions-Prioritäten mit auszuloten, wie Steinruck in der Diskussion verdeutlichte. So ergibt sich an dieser Stelle die Frage, welche Projekte letztlich als rentabel genug eingeschätzt werden, um in den Genuss der Förderung zu kommen? Hierbei wurde die Sorge geäußert, dass klassische arbeits- und beschäftigungspolitische Maßnahmen zu kurz kommen könnten.

Investitionen in Wirtschaft und Wachstum schaffen zwar neue Arbeitsplätze. In der Session wurde aber auch kritisch debattiert, dass in dem Programm kein spezifischer Fokus auf die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit gelegt wurde. Zwar sollen vor allem diejenigen Projekte gefördert werden, die eine „hohe sozio-ökonomische Rendite“ erbringen, wie dies aber sichergestellt werden kann, ist noch weitestgehend unklar. Insgesamt kann dieser Fonds daher nur bedingt als Mittel zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit angesehen werden. Schließlich ist das Problem von knapp 6 Millionen jungen Arbeitslosen oftmals ein strukturelles, da in vielen EU-Staaten, junge Menschen, aufgrund geltender Arbeitsgesetze, gegenüber älteren Arbeitnehmer\*innen benachteiligt werden.

Aus jugendpolitischer Perspektive war sich die Gruppe einig, dass gerade der Bereich der Qualifizierung einen wichtigen Teil der Investitionen ausmachen sollte, ebenso wie die Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Auch klassisches „Betongold“, wie der Ausbau transnationaler Verkehrswege und der Breitbandausbau, wurden als mögliche Projekte andiskutiert, da diese einen konkreten Mehrwert sowohl für Arbeit und Beschäftigung als auch die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit haben.

Die Notwendigkeit des Investitionsplans verdeutlicht insgesamt das mangelnde Vertrauen der Wirtschaft in den „Standort Europa“. Geld ist zwar genug im Umlauf, aber während die öffentlichen Finanzen im Zuge der haushaltspolitischen Konsolidierung oftmals keinen Spielraum mehr haben, um Investitionen anzustoßen, hält sich privates Kapital bislang stark zurück. In diesem Kontext ist der Investitionsfonds ein erster Schritt zur Überwindung der europäischen Investitionslücke – ihre Möglichkeiten sollten allerdings nicht überbewertet werden.

# WANN STREITEN WIR UNS ENDLICH ÜBER EU-POLITIK?

**E**chter Streit um politische Alternativen wäre der Kern einer lebendigen EU-Demokratie.

Malen wir uns das mal aus: Europas Bürger ringen um ihre EU-Politik – in der Landwirtschaft, auf dem Finanzmarkt, in der digitalen Welt. Sie wissen, was Parteien und Regierungen tun und was nicht – in Punkto Flüchtlingshilfe, Energieeffizienz oder Forschungsförderung. Sie fiebern mit, regen sich auf, artikulieren ihre Interessen. Sie setzen sich ein – für oder gegen eine konservative, sozialdemokratische, grüne, linke oder liberale EU-Politik. Bei den Wahlen belohnen sie EU-politische Erfolge, strafen Nichtstun, Skandale und Fehlschläge ab. Zwischendurch mischen sie sich ein: mit Initiativen, Aufrufen, Protesten.

Was nach normaler Demokratie klingt, bleibt Utopie. Denn so läuft das nicht. Welcher Bürger zieht

schon eine Bilanz der EU-Sozialpolitik? Welcher Wähler belohnt oder bestraft die Bundesregierung für ihre Politik in Brüssel? Wer diskutiert mit Freunden und Bekannten das neue EU-Investitionsprogramm? Vielleicht machen das EU-Nerds. Die breite Öffentlichkeit tut es nicht. Warum das so ist, und wie es anders laufen könnte, wollte ich in der Europawerkstatt und online auf Publixphere herausfinden. Zentrale Ergebnisse im Überblick:

## **SCHWACHSTELLEN DER EU-DEBATTE:**

- > EU-Gesetzgebung dauert lange. Vom ersten Gedankenspiel der EU-Kommission bis zur Umsetzung in nationales Recht vergehen leicht fünf bis zehn Jahre. Im Fall der EU-Patentreform waren es mehr als 40. Oft fehlt der eine EU-politische Show-down, vor dem die Debatte heiß laufen könnte.
- > EU-Gesetzgebung hat viele Mütter und Väter. 28 Regi-

Vom Datenschutz bis zum Warnhinweis auf der Zigarettenschachtel – eigentlich müssten wir lang und breit um die beste EU-Politik streiten. Warum fangen wir nicht einfach an?

erungen, 28 nationale Parlamente, die EU-Kommission und das EU-Parlament verantworten die großen Entscheidungen gemeinsam. Das System ist auf diplomatischen Konsens getrimmt, nicht auf offene Kontroverse. Die einfache Erzählung „Regierung vs. Opposition“ fällt institutionell bedingt aus. Das Problem: am Ende sind oft alle und keiner verantwortlich.

> Massenmedien stellen EU-Gesetzgebung nicht als jahrelang ausgehandeltes Politikergebnis dar. Stattdessen wird das Bild vom Brüsseler Bürokraten gepflegt, der den Bürgern so plötzlich wie willkürlich ihre Staubsauger verbietet. Zugleich ignorieren Journalisten allzu oft die maßgebliche Mitverantwortung deutscher Regierungen, Politiker und Beamter. Der Effekt: die EU wird als das Fremde erlebt, nicht als das Eigene.

> EU-Gesetzgebung bleibt ein Elitenprojekt. Sie verlangt dem Einzelnen viel Wissen ab, über Institutionen, Abläufe, Rechtliches. Der Informationsrückstand von Journalisten und Bürgern ist oft dramatisch. Beispiel: Dass auch die Bundesregierung die EU-Kommission mit dem Freihandelsabkommen TTIP beauftragte, zählt aktuell schon als „Fachwissen“.

> Der EU-Politik fehlen Identifikationsfiguren und Emotionen. Ihre Sprache ist

selten einfach und direkt, dafür oft blutleer und verlausliert.

### WAS KÖNNEN WIR TUN?

> Die EU ändern: Hätten wir eine echte EU-Regierung, echte europäische Parteien, ein maximal starkes EU-Parlament und europaweit konsumierte Medien, hätten wir vielleicht auch die ideale Arena für echte Kontroversen um unsere EU-Politik. Aber das ist Zukunftsmusik. Was können wir sofort tun?

> Betroffenheit bewusst machen: Bei vielen EU-Regeln bemerken die Bürger gar nicht oder zu spät, dass sie persönlich betroffen sind. Das können Politik und Medien schnell ändern, indem sie frühestmöglich und vorrangig kommunizieren, was EU-Gesetze konkret für den Bürger bringen und ändern. Das geht selbst bei komplexen EU-Regeln für den Strommarkt oder den Finanzsektor: es gibt ihn immer, den Bezug zum Bürger.

> Verantwortlichkeiten verdeutlichen: Wen das EU-Verbot von Staubsaugern auffregt, sollte wissen, dass auch die Bundesregierung dieses Verbot so wollte und will. „Die“ EU ist meist der falsche Adressat für Kritik. Der richtige wären die (nationalen) Entscheidungsträger, die eine bestimmte EU-Politik betreiben. Institutionen und Medien können den Bürgern kräftig dabei helfen, Verantwortlichkeit zu erkennen. Wer stimmt im

Rat und im EU-Parlament wofür – und warum? An wem scheitert was? Wo kommt diese Regelung her? Dieses Grundwissen um jeden EU-Politikprozess muss schwellenlos und schnell verfügbar sein. In einfacher Sprache. Am besten gebündelt an einem Ort im Netz. Vielleicht sogar mit Schaubildern verdeutlicht.

> Die bewegenden Konflikte zeigen: Medien können mehr als Brüssel-Bashing. Sie können vor EU-Entscheidungen zuspitzend darstellen, wie innerhalb des EU-Systems konservative, grüne, soziale, liberale und mitunter auch nationale Positionen aufeinanderprallen. Diese Konflikte bieten Diskussionsstoff – und gute Quoten, wie der Fall TTIP zeigt. Manche EU-Geschichte lässt sich auch personalisiert erzählen. Wie soll nun ausgerechnet Jean-Claude Juncker aus Luxemburg gegen Steuerdumping in der EU vorgehen?

> Einmischung statt Ohnmacht: Die Bürger sollten wissen, wie sie sich europäisch artikulieren und vernetzen können – nicht nur über Parteien, sondern auch über NGOs und eigene Initiativen. Wer EU-politisch streiten will, dem empfehle ich natürlich auch den Diskussions-Raum Publixphere – gemeinnützig, online und offline.

**ALEXANDER WRAGGE**

publixphere.de

---

# VON DER EWS NEHM ICH MIT...



**Adrian Barfuß & Erik Brandes**  
Amnesty International



**Dinah Menz**  
Ev. Schülerinnen und Schülerarbeit in Westfalen e.V.



**Luisa Maria Schweizer**  
European Alternatives Berlin e.V.



**Marina Lessig**  
Kreisjugendring München-Stadt

---

# SOZIALTOURISMUS IN EUROPA

**Z**um Unwort des Jahres 2013 wurde „Sozialtourismus“ gewählt – nicht zuletzt aufgrund der Ängste, die im Zuge des Wegfalls der Personeneinfreizigkeitsbeschränkungen für Rumänien und Bulgarien zum 1. Januar 2014 geschürt wurden. So sandte beispielsweise der damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich zusammen mit seinen Kollegen aus Großbritannien, Österreich und den Niederlanden im März 2013 einen Brief an die Europäische Kommission, in welchem sie den Missbrauch von Sozialleistungen durch Bürger aus mittel- und osteuropäischen Ländern anprangerten und von der EU ein schärferes Vorgehen gegen diese „Armutseinwanderung“ forderten.

## DIE SORGE VOR „ARMUTSZUWANDERUNG“ BLIEB HINTER DER REALITÄT ZURÜCK

Wie die Teilnehmer dieser Session erfuhren, zeigt sich auch fast ein ganzes Jahr später, dass keiner dieser Mitgliedstaaten die Befürchtungen in konkreten Zahlen nachweisen kann. Im Gegenteil:

die Mobilitätsraten in der EU (durchschnittlich 2,8%) zeigen, dass die absolute Zahl der Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat leben, sehr niedrig ist (14,1 Millionen).<sup>1</sup> Darüber hinaus haben diverse Studien herausgefunden, dass eingewanderte EU-Bürger im Schnitt sowohl eher berufstätig sind (61% im Vergleich zu 52%)<sup>2</sup> als auch seltener Sozialleistungen

in Anspruch nehmen als ihre Mitbürger.<sup>3</sup> In der allgemeinen Öffentlichkeit kommt dies jedoch kaum an, was sich nicht zuletzt am deutlichen Stimmenzuwachs nationalistischer und rechtspopulistischer Parteien bei der letzten Europawahl und weiteren nationalen Wahlen ablesen lässt.

## LÖSUNGSVORSCHLÄGE FÜR EUROPAS MOBILITÄT DER ZUKUNFT

Das Thema der „Armutseinwanderung“ wird trotz allem so bald nicht vom tagespolitischen Tableau verschwinden, wie uns während der Sessiondiskussion deutlich bewusst wurde. Daher hat die JEF Europe vor einem Monat eine Resolution zu „Genuine Free Movement for All – Advancing Citizenship and Welfare Rights across all EU Member States“ verabschiedet. Darin fordern wir u.a. die Zurücknahme neuer Gesetzinitiativen zur Einschränkung von Freizügigkeitsrechten in Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Großbritannien, eine verbesserte Verbreitung von Informationen zu Freizügigkeitsrechten an EU-Bürger, eine vereinfachte gegenseitige Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen, die Förderung von Fremdsprachenunterricht, sowie die Schaffung eines Europäischen Mobilitätsfonds – damit Personeneinfreizügigkeit in der EU zukünftig ein Gewinn für jeden sein wird.

ANGELIKA SCHENK  
jef.eu

Ein zwischen  
Unionsbürger-  
rechten  
und Wohl-  
standsängsten  
gespaltener  
Kontinent?

# DARUM NEHME ICH AN DER EUROPAWERK- STATT TEIL ...



> Ich möchte an der Europawerkstatt teilnehmen, da wir in meiner Organisation im Rahmen des Strukturierten Dialogs mit Jugendlichen versuchen Politik im Allgemeinen verständlicher und attraktiver zu machen. Wir organisieren auf lokaler Ebene mit den Politikern regelmäßig Treffen auf denen die Jugendlichen mit den Politikern auf Augenhöhe über Themen diskutieren können, die sie wirklich interessieren und aktuell sind.

> Im Mai 2014 bei der „Faites l'Europe“ in Paris habe ich den Besuchern von meinen Erfahrungen während meines Freiwilligendienstes berichtet. Bei diesem Event hatte ich Gelegenheit, einige Mitglieder der Jungen Europäischen Föderalisten kennen zu lernen. Die Europawerkstatt möchte ich auch nutzen, die JEF als Organisation zu entdecken. Ich bin neugierig, da ich ähnliche Ansichten vertrete. Welche Herausforderungen in Europa können wir wie lösen? Wie können verschiedene Akteure mit ähnlichen Visionen in Europa besser zusammenarbeiten? Quo vadis Europa? Von der Teilnahme an der Europawerkstatt 2014 erhoffe ich mir einen bereichernden und kontroversen Austausch in Hinblick auf die Weiterentwicklung von Europa.

> Von der Europawerkstatt erhoffe ich mir spannende und neue Einblicke in die Arbeitsweisen der europäischen Institutionen. Die Zukunft der europäischen Integration im Hintergrund wachsender Spannungen im Osten des Kontinents, die wachsende Brisanz der Flüchtlingspolitik sowie die Ausweitung des europäischen Wirtschaftsraums Richtung Vereinigte Staaten aber auch nach China interessieren mich ganz besonders.

> Die Europawerkstatt scheint mir ein hervorragendes Mittel zu sein, meine Begeisterung und mein Interesse für Europa in kreativem Arbeiten mit anderen Europäern umzusetzen. Die Europawerkstatt bietet mir, so hoffe ich, einen persönlichen Einblick in die europäische Politik, die ich als Bürger, als Student der Modernen Europäischen Geschichte (Master-Studiengang an der Humboldt-Universität zu Berlin) und auch als Blogger [Anm. d. Red. unserezeitblog.blogspot.de] verfolge. Ich hoffe außerdem Bekant- und Freundschaften mit Menschen zu knüpfen, die dieselbe Begeisterung für Europa mitbringen wie ich.

---

# WAS WAR FÜR DICH DER WERTVOLLSTE ASPEKT DER EUROPAWERKSTATT?

> Kontakte in bestimmten und konkreten Aufgabenbereichen von (meinen) Engagements-Belangen für und von JEF zu knüpfen.

> Die Formate. Diese waren einfach besser als bei anderen Veranstaltungen. Abwechslungsreich.

> Der wertvollste Aspekt für mich wurde vor allem an dem dritten Tag mit den "offenen" Diskussionen erfüllt, denn man konnte sich vor allem hier besonders gut einbringen.

> Inhaltliche Gestaltung der Sessions, innovative Arbeitsmethoden in den Sessions, Open Space am zweiten Tag, gute und zielgerichtete Veranstaltungsorganisation generell.

> Die Diskussionen während der Pausen und am Abend waren genial. Man hat nur selten Gelegenheit sich mit so vielen Gleichgesinnten auszutauschen - trotz kleinerer Meinungsverschiedenheiten.

> Europapolitische Themen mit jungen Leuten aus der ganzen Republik zu diskutieren und somit mehr auch über die Aktionen von JEF-Verbänden in anderen Bundesländern zu erfahren.

> Festzustellen, dass wirklich alle Lebensbereiche und darüber hinaus europäisch betrachtet werden können und es eine nicht geringe Anzahl junger Menschen in Deutschland gibt, mit denen man sich darüber austauschen kann.

> Zusehen, wie JEF arbeitet. Andere Ansichten über Europa kennenzulernen. Zu erfahren, wie andere Jugendorganisationen arbeiten und davon lernen. Toll fand ich auch die Round Tables am Sonntag. Das Gesamtpaket der Europawerkstatt war einfach rund.

> Inspirierende Atmosphäre mit konstruktiven und überraschenden Gesprächen; interessierte und sympathische Teilnehmer\*innen; Freiraum rund um die Sessions und am Sonntag für Gespräche.

> Die Vernetzung mit anderen Interessierten - besonders im Bereich der Asylpolitik!

> Kennenlernen der JEF und unterschiedlichsten Mitgliedern, sowie der Austausch über Europa und Europas Vor- und Nachteile.



# PROSTITUTION IN EUROPA

**E**ine EU-Studie aus dem vergangenen Jahr bringt es unmissverständlich auf den Punkt: Deutschland – so heißt es darin – sei zur Drehscheibe der Prostitution und des Menschenhandels in Europa geworden. In diesem Zusammenhang hat die Bundesrepublik eines der liberalsten Prostitutionsgesetze in der Europäischen Union und bietet dadurch Frauenhändlern und Zuhältern eine optimale Infrastruktur für ihr Geschäft mit der Ware Frau.

Demgegenüber stehen Länder wie Schweden, Norwegen und Island, die das sogenannte nordische Modell vertreten. Das nordische

Modell versteht Prostitution als eine Verletzung der Menschenrechte und als eine Form gegen Gewalt an Frauen. Daher ist Prostitution verboten. Es werden diejenigen kriminalisiert, die Sex kaufen, und nicht die, die ihn anbieten. Die Abgeordneten des EU-Parlaments fordern alle Mitgliedstaaten dazu auf, dem nordischen Modell zu folgen.

In der anschließenden Diskussion auf der Europawerkstatt wurden besonders zwei Fragen, teilweise sehr kontrovers, diskutiert:

- > Kann das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung staatlich beschränkt werden?
- > Können Menschenhan-

Zwischen „Sexarbeit“ und „white slavery“.



del und Sexarbeit getrennt voneinander betrachtet werden?

Die Teilnehmer\*innen diskutierten darüber, ob man von sexueller Selbstbestimmung sprechen kann, wenn eine große Anzahl von Frauen zur Prostitution gezwungen wird bzw. sofort aus der Prostitution aussteigen würde, wenn sie eine alternative Erwerbsarbeit finden würde. Des Weiteren haben Frauen in den sogenannten Flat-Rate Bordellen kaum eine freie Wahl darüber, welche Dienstleistungen sie zu welchen Konditionen anbieten. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung wird also bereits hier massiv beschnitten.

Bei der Frage, ob Menschenhandel und Sexarbeit getrennt voneinander betrachtet werden können, gingen die Meinungen der Teilnehmer\*innen auseinander.

Einige der Teilnehmer\*innen äußerten, dass man hier klar unterscheiden muss, damit Frauen, die sich für den Verkauf von sexuellen Dienstleistungen bewusst entschieden haben, nicht kriminalisiert oder stigmatisiert werden. Der Bereich Menschenhandel und Zwangsprostitution gehört bekämpft und unter Strafe gestellt (da waren sich alle einig), jedoch sollte zwischen Menschenhandel und Sexarbeit differenziert werden.

Zu diesem Thema gab es jedoch auch eine weitere Haltung. Durch das liberale Prostitutionsgesetz ist der Menschenhandel massiv gestiegen und ein Gesetz muss sich an der realen Lebenswelt der Frauen orientieren und darf nicht nur die Rechte einzelner Frauen fokussieren. Daher kann bei der Gesetzgebung der Menschenhandel nicht klar von der Prostitution getrennt

werden, bzw. hat die legale Prostitution direkte Auswirkungen auf den Bereich des Menschenhandels.

Insgesamt war die Diskussion sehr lebendig und hat zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Jedoch waren sich die Teilnehmer\*innen einig, dass Aussteigerprojekte für Frauen stärker unterstützt werden müssen und dass jeder Frau die Möglichkeit geboten werden muss, eine alternative Erwerbsarbeit zu finden. Darüber hinaus muss der Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung innerhalb Europas noch stärker bekämpft und die Opfer besser geschützt werden. So richten sich Vereine wie SOLWODI an betroffene Frauen in den Bereichen Sextourismus, Heiratshandel und Menschenhandel.

# “DAS THEMA FLÜCHTLINGE HABE ICH MIR NICHT GESUCHT.”

**E**igentlich bin ich auf die EWS gefahren, weil ich mal ganz andere Themen denken und diskutieren wollte, als mir in der täglichen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit vor Ort im Kreisjugendring München-Stadt (KJR) begegnet. Die Europawerkstatt hat meine Erwartungen, neue Impulse für die lokale Arbeit mitzunehmen, nicht enttäuscht. Was ich nach langer Zeit wieder einmal bemerkt habe, ist, dass viele einfach keine Vorstellung dessen haben, was gerade in Deutschlands Flüchtlingsunterkünften abgeht, wenn man nicht an der Arbeit vor Ort beteiligt ist.

Viele Teilnehmer waren sich einig, dass die dringlichste Aufgabe, die die neue EU-Kommission angehen muss, eine „menschenswürdige Asylpolitik“ sein müsse. Doch was heißt eigentlich menschenwürdig? Und was umfasst Asylpolitik? Und was soll eine europäische Asyl-

politik sein? Viele waren vom Herzen berührt, doch nur wenige bereits aktiv involviert. Einige wollten helfen, nicht nur der Politik einen Auftrag mitgeben, doch wussten nicht wie sie sich einbringen könnten. Also beschloss ich spontan für Samstag eine Session anzubieten und für Sonntag dann einen Aktionstisch.

Im Rahmen der Session konnte ich vom Hungerstreik in der Münchner Innenstadt sowie Besetzung der DGB-Jugend in München während des Landtagswahlkampf in Bayern berichten. Die beiden Aktionen hatten aufgerüttelt und bereits lokal einige Menschen, insbesondere junge Erwachsene, sensibilisiert und mobilisiert. Der Appell lautete: ihr leistet viel Hilfe, wenn ihr zu einer Willkommenskultur beiträgt! Auf der anderen Seite bot die Veranstaltung aber auch für die Jugendverbände die Möglichkeit sich zu vernetzen und gemeinsam zu überlegen, was man konkret tun könne. Bereits aktive Verbände

Vielmehr hat es Marina und ihre Organisation sowie andere Münchner Jugendverbände als auch die Münchner Bevölkerung einfach gefunden:



dienten als Anknüpfungspunkt wie beispielsweise „Heimaten e.V.“, ein Verein von minderjährigen Flüchtlingen die ihre neue Heimat kennenlernen wollten. Berührungsängste zu überwinden, Flüchtlinge in Realität einmal kennenzulernen und gemeinsam nachzudenken, was können wir konkret vor Ort an Unterstützung leisten.

Vielerorts jedoch sind die Türen zu. Ein Wachdienst schirmt die Welt der Flüchtlinge von der Welt der Städter ab. Wir erfahren nichts über die Missstände. In München hat die Stadt spontan sehr viel Gelder bereitgestellt um die Situation zu lindern - doch viele Kommunen in Deutschland sind selbst klamm und sind zum sparen gezwungen. Menschliche Tragödien

ereignen sich mitten in Deutschland tagtäglich. In unserer Session waren wir uns einig, dass dies beschämend sei, dass wir in Europa keine sicheren und menschenwürdigen Bedingungen für die Asylbewerber schaffen konnten. Dies mag zu einem daran liegen, dass die internationalen Krisen einen unerwarteten Anstieg verursacht haben. Darauf waren wir infrastrukturell

nicht vorbereitet. Doch wir waren uns einig in der Session: man kann diesen Umstand den Kommunen nicht zum Vorwurf machen. Sie sind nicht gewählt um Weltpolitik zu machen, die weltweite Sicherheitslage zu checken und auf die Krisen entsprechend zu reagieren.

**MARINA LESSIG**  
kjr-m.de

# ZWISCHEN WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

**S**ind wir Europäer eigentlich verrückt? Wir erleben derzeit wohl die schwerste europäische Krise seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor mehr als 60 Jahren. Anstatt uns der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu widmen, streiten wir uns über den Ausstoß von Treibhausgasen. Erscheint es unter diesen Umständen doch nicht nur sinnvoll, dass überall in Europa der heimischen Kohleindustrie Zugeständnisse gemacht werden, um die Versorgungssicherheit und Preisstabilität der europäischen Wirtschaft zu gewährleisten? Schön und gut – doch wer erinnert sich nicht noch an die Nachrichten, als Paris im März dieses Jahres in einer tagelangen Smogwolke stillstand und regelrecht erstickte?

Die inkohärente und fragmentierte europäische Klimapolitik war eines der Schwerpunktthemen der diesjährigen Europawerkstatt der Jungen Europäischen Föderalisten. Eine Vielzahl von Multiplikatoren nahm an der Session zu Mobilität und Klimaschutz in der EU des Europaabgeordneten Michael Cramer oder am Workshop zur Zukunft der europäischen Energiepolitik von Johannes Kunath teil. Im Anschluss formte sich hierdurch eine Projektgruppe, welche die gewonnenen Erkenntnisse in einem Antrag beim Bundesausschuss der JEF prak-

tisch umsetzen möchte. Ziel ist es, innerhalb der JEF Aufmerksamkeit für klimapolitische Ziele zu schaffen und sich extern klar gegenüber dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung zu positionieren.

Dabei geht es uns nicht nur um die Verwirklichung eines gemeinsamen europäischen Energiebinnenmarktes, sondern auch um die Frage, wie Energieeffizienz und der bewusstere Umgang mit limitierten Ressourcen nachhaltig und dabei kosteneffizient gestaltet werden kann. Am Wichtigsten ist uns als transeuropäischer Jugendverband allerdings die Frage, wie es der JEF gelingen kann, die europäische Jugend in dieses Projekt einzubeziehen.

Wir rufen Euch auf, an unserer Initiative teilzunehmen und unseren Entwurf aktiv mitzugestalten. Wir sind davon überzeugt sind, dass die JEF sich in klima- und energiepolitischer Hinsicht stärker positionieren sollte. Lasst uns gemeinsam an der europäischen Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutzengagement arbeiten und besonders im Hinblick derzeitiger globaler Herausforderungen ein starkes Plädoyer für ein richtungsweisendes europäisches Projekt halten!

**JOHANNES KUNATH**  
jeb-bb.de  
**FELIX HARTKORN**  
jef-bw.de

Ein Aufruf zu einer klaren Positionierung in der europäischen Energie- und Klimapolitik.

# EU-AUßENPOLITIK IN DER KRISE



Außenpolitische Krisen beschäftigen Europa zurzeit gleich in mehrfacher Hinsicht. Während im Osten der Ukraine ein blutiger Bürgerkrieg tobt, mordet der Islamische Staat im Nahen Osten in Syrien und im Irak. Auch in Nordafrika hat die Gewalt in einigen Ländern nach dem Arabischen Frühling wieder zugenommen. An den Rändern Europas sind in den vergangenen Monaten Konflikte ausgebrochen und derart eskaliert, wie man es bis vor kurzem nicht für möglich gehalten hätte.

Die Europäer haben darauf unterschiedlich reagiert. Die OSZE führt eine Beobachtermision in der Ukraine, USA und EU haben Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt, und Europa hat Waffen an Gegner des IS in den Nahen Osten geliefert. Angesichts der neuen Bedrohungslagen ist die Schaffung einer Europäischen Armee wieder im Gespräch. Außen- und sicherheitspolitische Themen wurden auch auf der Europawerkstatt leidenschaftlich diskutiert. Einen Ausschnitt der Debatten gibt es auf den nächsten Seiten.

# WIE DIE EU AUF RUSSLAND REAGIEREN MUSS

Das Wort „Mourir pour Danzig?“ stammt aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und legt den Finger in die Wunde des Jahres 2014: Sind wir Europäer bereit, unsere NATO-Bündnisverpflichtungen für Litauen, Estland oder Lettland zu übernehmen, wenn Wladimir Putin auf die Idee käme, dort auf ähnliche Weise einzumarschieren, um die russischen Minderheiten „zu schützen“, wie er das im Februar auf der Krim getan hat? Sind wir bereit, Putin tatsächlich mit Atomwaffen abzuschrecken, um das Baltikum zu schützen? Wenn ich Litauer wäre, würde mich diese Frage sehr umtreiben. Nur noch einmal zur Feststellung: der Einmarsch russischer Soldaten auf der Krim war nicht nur ein Völkerrechtsbruch, sondern ein kriegerischer Akt. Die Annexion war ein Völkerrechtsbruch. Die aktuelle Kriegsführung durch reguläre russische Truppen im Osten der Ukraine Truppen ist Völkerrechtsbruch und kriegerischer Akt zugleich. Nichts davon ist irgendwie zu rechtfertigen. Weder durch die NATO-Osterweiterung (die der Westen den östlichen Staaten übrigens nicht aufgezwungen hat, sondern die diese als sou-

veräne Staaten beantragt haben) noch durch vielleicht manchmal zu geringe Rücksichtnahme auf russische Befindlichkeiten seitens der EU seit 1991.

Seit 1945 gilt in Europa der Grundsatz: Grenzen werden nicht auf kriegerischem Wege verändert. Mit dem Einmarsch auf der Krim und in die Ostukraine hat Putin diesen Grundsatz aufgekündigt. Es bleibt die Frage: Was können wir nun tun?

Putin hat Tatsachen geschaffen und ich persönlich mache mir keine Illusionen: auf Dauer wird Europa diese Tatsachen akzeptieren. Die Krim wird russisch bleiben und zumindest ein Teil der Ostukraine wird eine Art russophile Pufferzone von Putins Gnaden zum demokratischen Osten Europas werden. Wir müssen uns nun entscheiden, ob wir ein Freihandelsraum bleiben wollen oder ob wir bereit sind, gemeinsam unsere Werte zu verteidigen. Putins Herausforderung des 20. Jahrhunderts müssen wir mit den kombinierten Mitteln des 20. und 21. Jahrhunderts begegnen.

Seit Monaten versuchen die westlichen Außenminister eine politische Lösung des Konflikts zu finden. Die di-

plomatischen Kanäle müssen deshalb auch weiterhin das erste Mittel der Wahl bleiben. Ein wilder Schläger lässt sich aber allein mit warmen Worten nicht besänftigen, sondern nur mit der ernsthaften Bereitschaft, sich notfalls auch militärisch zu verteidigen. Die wirtschaftlichen Sanktionen müssen aufrechterhalten werden und zeigen bereits deutliche Wirkung. Je nach russischer Eskalationsbereitschaft muss die EU sie weiter verschärfen. Als dritten Punkt dürfen wir aber auch die militärische Komponente nicht ausschließen: wenn Polen und die baltischen Staaten das wollen, sollten wir daher ihrem Wunsch nachkommen und europäische Truppen zur Verteidigung der EU-Ostgrenze stationieren. Die EU muss Putin jetzt zeigen: wir dulden im Jahr 2014 keinen Expansionismus mit dem Schwert mehr und wir sind bereit, uns notfalls auch mit Waffengewalt gegen diese Bedrohung zu verteidigen. „Bis hierhin und nicht weiter“ ist auch eine Lehre aus der europäischen Geschichte vor dem Jahr 1939.

**DAVID SCHROCK**

jef.de

Den Kommentar in voller Länge könnt ihr online auf [treffpunkteuropa.de](http://treffpunkteuropa.de) nachlesen.

# AUFREGUNGSSPIRALE STOPPEN UND GEMEINSAM LÖSUNGEN FINDEN

**D**ie Ukraine-Krise ist gefährlich, weil sich viele im Westen furchtbar aufregen, was ebenfalls zu großer Aufregung in der russischen öffentlichen Meinung und Politik führt. Die Aufregungsspirale gilt es zu durchbrechen. Beschlüsse westlicher Staaten, wie der Ausschluss Russlands aus den G8, sind für mich keine klugen, deeskalierenden Maßnahmen. Der entscheidende Punkt in der aktuellen Debatte ist die Grundeinsicht, dass Russland auch weiterhin unser Nachbar sein wird. Insofern ist es unser fundamentales Interesse, die Beziehungen zu Russland vernünftig zu regeln.

Wer eine stabile Friedensordnung in Europa will, muss die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands berücksichtigen, während Russland natürlich ebenfalls die legitimen Interessen seiner kleineren Nachbarn respektieren muss. Wie können viele westliche Akteure derart überrascht sein, dass Russland Geopolitik betreibt? Vermutlich wegen des Glaubens, dass liberale

Werte sich schon durchsetzen werden und die Zeiten der Geopolitik vorbei sind. Schön wäre es. Leider scheint mir Machtpolitik an der Tagesordnung zu liegen, mancher maskiert sie nur hinter moralischen Werten. Die traurige Wahrheit ist, dass im Kontext von Großmachtpolitik Macht häufig vor Recht geht. Putin kämpft mit harten Bandagen. Völkerrechtsbrüche verurteile ich. Aber die Logik hinter Russlands Machtpolitik müssten doch auch die USA und die EU verstehen. Man stelle sich die Empörung vor, wenn China ein mächtiges Militärbündnis schaffen würde, dem Kanada und Mexiko beitreten sollen. Alle betreiben sie Machtpolitik, indem zum Beispiel ein demokratisch gewählter pro-russischer Präsident der Ukraine unrechtmäßig gestürzt wird.

Solche Machtpolitik sehend stellt sich die Frage, wie eine Sicherheitsstruktur aufgebaut werden kann, die für Frieden sorgt. Jede eskalierende Maßnahme führt meines Erachtens nach nur zu weiterer Eskalation. Eine im Niedergang begriffene Großmacht mit einer al-

ternden Bevölkerung und einer eindimensionalen Wirtschaft muss nicht mehr eingedämmt werden.

Wie soll es weitergehen? Mir scheint, dass die westliche Strategie grundlegend revidiert werden muss. Der Plan der Westanbindung der Ukraine muss aufgegeben werden. Stattdessen sollte die Ukraine ein neutraler Pufferstaat zwischen NATO und Russland werden. Eine souveräne Ukraine könnte durch einen gemeinsamen wirtschaftlichen Rettungsplan, der durch die EU, Russland, den IWF und die USA finanziert wird, zu einer prosperierenden Nation werden. Eine Fortsetzung der Ukraine-Politik und Russland-Konfrontation würde die Feindseligkeiten mit Russland nur verschärfen und die Ukraine zugrunde richten. Eine wohlhabende, aber neutrale Ukraine, würde keine Bedrohung für Russland darstellen und es dem Westen erlauben, seine Beziehung zu Russland zu kitzeln.

**RENÉ MARQUARDT**

[jef-sh.de](mailto:jef-sh.de)

# ZEIT FÜR GROßE GEDANKEN

Während der Europawerkstatt wurden zwei Perspektiven für die Zukunft der Europäischen Union entworfen

Zwei Modelle stehen in der Gruppe unter Leitung von Yvonne Nasshoven, Diplomatin im Auswärtigen Amt, als europäische Zukunftsperspektive zur Diskussion. Einerseits das Modell der konzentrischen Kreise, das mit den Konzepten eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten“ oder eines „Kerneuropas“ verwandt ist. Demnach entscheidet sich eine Gruppe von Mitgliedsstaaten innerhalb der EU für eine verstärkte Integration (der „Kern“), während andere Staaten abgestuft Integrationsschritte auslassen. Das Europa der konzentrischen Kreise im Jahr 2040 sähe nach der Vorstellung der Sessionsteilnehmer folgendermaßen aus: Im Kern der Union befindet sich ein Teil der Euro-Gruppe, die sich in der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einer vertieften Integration entschieden hat. Die Wirtschafts- und Fiskalpolitik wird gemeinsam koordiniert und eine Bankenunion geschaffen. In diesem Kern befinden sich Deutschland, die Benelux-Staaten, Polen, die baltischen Staaten und die skandinavischen Mitgliedsländer. Frankreich wird zwar den Euro behalten, sich dieser vertieften Wirtschafts- und Sozialpolitik jedoch verwehren. Es

verbleibt mit den übrigen Euroländern in einer Stufe namens „Eurozone 2.0“. Großbritannien wird sich 2040 in den äußeren Ringen der Union befinden und zwar im Grenzbereich zwischen Binnenmarkt und Zollunion. Ein Gruppenteilnehmer beschreibt diese Zukunftsperspektive bildlich als „als Sonnensystem mit Gravitationskraft hin zum Euro-Kern“.

Andererseits dient das Leitmotiv einer „ever closer union“ als Inspiration: Nach diesem Modell einigen sich alle Mitgliedsländer zur Integration in einem breiten Spektrum von Politikfeldern und schreiten gemeinsam voran. In 16 Jahren greift die Europäische Union demzufolge auf eine gemeinsame Armee zurück und betreibt in einem Europäischen Sicherheitsrat eine beständige, institutionalisierte Lageanalyse zur Gestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Euro wurde mittlerweile in allen Mitgliedsstaaten eingeführt. Die gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt in diesem Rahmen das Ziel der Angleichung der Produktivitäts- und Lebensstandardniveaus in den Mitgliedstaaten. Durch eine Reform der Verträge hat das Europäische Parlament ein Initiativrecht in der Gesetzgebung erh-

alten und bildet mit einer Art europäischem Bundesrat ein echtes Zwei-Kammer-System auf supranationaler Ebene. Die Europäer wählen im Jahr 2040 einen obersten Repräsentanten der Union in direkter Abstimmung. Neben der Vertiefung in zahlreichen Politikbereichen ist auch die Erweiterung vorangeschritten: alle Balkan-Staaten sind Mitglieder der Europäischen Union geworden.

Gewiss: Jedes Modell ist mit Stärken und Unzulänglichkeiten verbunden und mag in Anbetracht der aktuellen politischen Lage gar utopisch wirken. Doch es ist bereits heute dringend geboten, die großen Zukunftsfragen der Europäischen Union anzugehen. Denn die Wirtschafts- und Schuldenkrise in Europa, die fortschreitende Globalisierung und die außenpolitischen Herausforderungen an den Grenzen des Kontinents – um nur einige Beispiele zu nennen – verlangen nach perspektivischen Antworten. Die Mitgliedsstaaten stehen an einem Scheideweg – der Ausgang der Debatte um die Mitgliedschaft Großbritanniens wird dabei die erste Weggabelung auf dem Weg in das Europa von 2040 markieren.

**MARCEL WOLLSCHIED**  
treffpunkteuropa.de



# WIE SOLLTE DIE GEMEINSAME AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK AUSSEHEN, HERR MOOS? WORAUF GRÜNDET SIE HEUTE? WIE EFFEKTIV IST SIE?

“Die europäische Integration vollzog sich unter dem Schuttschirm der Pax Americana. Ohne eine enge Anbindung an die USA wird es keinen europäischen Bundesstaat geben können. Die europäischen Werte sind transatlantische, westliche Werte.

Die Europäer müssen sich bewusst werden, dass sie eine idealistische Außenpolitik betreiben, deren Prämissen nicht von allen Akteuren der Welt geteilt werden. Wenn Europa daran festhalten will, muss es sich in einer multipolaren Welt sicherheitspolitisch besser aufstellen.

Die Europäer müssen sich militärisch besser rüsten. Das geht angesichts der Staatsverschuldung nur, wenn sie ihre Kräfte bündeln.

Eine Europäische Armee führt zu Synergieeffekten. Sie ist finanziell sinnvoll, weil sie Doppel- und Mehrfachstrukturen vermeidet. Einzelne Mitgliedstaaten sind nicht mehr dazu in der Lage, einen Angriffskrieg zu führen. Gemeinsam sind die Europäer aber voll einsatzfähig und ihre Verteidigungsfähigkeit ist wirksam abschreckend.

In der Geschichte hat es immer einen engen Zusammenhang zwischen Heeres- und Staatsverfassung gegeben. Eine Europäische Armee ist, so war es schon bei der EVG gedacht, eine wichtige Voraussetzung für eine Politische Union.”

**CHRISTIAN MOOS**  
europa-union.de



# DER SONNTAG ODER AUCH: DAS ERSTE MAL EIN TAG DREI

**E**in Novum der diesjährigen Europawerkstatt war der Tag drei. Ein zusätzlich gewonnener Tag, der den Organisatoren zunächst einmal Segen und Fluch zugleich war. Hatte sich das zweitägige Format der Europawerkstatt in den vergangenen zwei Jahren wunderbar erprobt, so kam nun eine neue Unbekannte hinzu: Der dritte Tag. Ließe denn das außergewöhnlich erfolgreiche Format der Unconference vom Samstag überhaupt noch Energie und Spannung über, die sich in einen dritten Tag retten und somit fortführen ließe. Gleichzeitig war eine der Erfahrungen aus den vergangenen zwei Jahren, dass im Nachhinein alles immer zu schnell vorbei war und für das ein oder andere Thema nicht wirklich viel – schon gar nicht ausreichend – Zeit blieb,

um ausgiebig diskutiert zu werden. Und so machten wir den Tag zu dem was er es dann letztlich auch wurde – eine tolle Gelegenheit, die Themen und Projektideen aus den Sessions des vorherigen Tages weiterzudenken. Nach der World Café – Methodik wurde an unterschiedlichen Projekt- und Thementischen zum einen weiterdiskutiert zum anderen wurden erste Ideen zusammengetragen, wie sich Erkenntnisse und die vorläufigen Ergebnisse aus den Sessions der Unconference in weitere Projektschritte ummünzen ließe. Es wurden nicht nur Meinungen und Ideen ausgetauscht, viel mehr machte man von der Expertise eines jeden einzelnen Gebrauch und folgte damit dem Ziel der Europawerkstatt – sich zu vernetzen.

# “DAS GANZE IST MEHR ALS DIE SUMME SEINER TEILE”

ARISTOTELES

Das war sie, die dritte Ausgabe der Europawerkstatt.

Wir alle sind erfreut über eine wunderbar gelungene Veranstaltung. Eine Veranstaltung, die nicht ohne die so selbstverständliche Mithilfe vieler engagierter Helfer und Unterstützer zu dem geworden wäre, was sie letzten Endes war:

**EIN VOLLER ERFOLG!**

Ein großes Dankeschön an alle, die zum Gelingen der Europawerkstatt 2014 beigetragen haben: In der Vorbereitung und Planung, in der Durchführung, und auch in der Nachbereitung, in Form dieser Sonderausgabe.

Stellvertretend für alle Beteiligten, sei namentlich für ihre Unterstützung gedankt:

Inga, Sandra, Katha, Linn, Marco, Bella, Lisa, Markus, Christian, Lutz, Julian, Daniel, dem „alten“ und „neuen“ Vorstand der JEF, allen Teilnehmer\*innen und Gästen der Europawerkstatt sowie den Autor\*innen dieser Sonderausgabe. Unser Dank gilt auch den Unterstützern der Europawerkstatt: Dem EU-Programm Erasmus+, der Europa-Union Deutschland und der Hertie School, in deren großzügigen Räumlichkeiten wir zu Gast sein durften.



# WARUM **EUROPA**WERKSTATT?

Zu Europa – so könnte man meinen- ist längst alles gesagt: Friede, Freude, Eurokrise. Warum also noch eine Veranstaltung dazu? Weil Europa ein kontinuierlicher Prozess ist, kein statischer Zustand. Überlassen wir den Fragen, Luckes und LePens dieses Kontinents die Deutung Europas, werden wir Vieles verlieren. Fortschritte, Rückschritte, Fehler und Errungenschaften, all das muss immer neu begründet und Verhandelt werden. Nicht nur im institutionellen politischen Prozess, sondern gerade in der Zivilgesellschaft. Nicht nur von denen, die Europa aufgebaut haben, sondern gerade von denen, die Ihre Zukunft in Europa verbringen werden. Nicht in einer kommunikativen Einbahnstraße, sondern im Dialog.

Hier setzen die Jungen Europäischen Föderalisten mit der Europawerkstatt an. Als überparteilicher Verband, der seit über 60 Jahren nicht nur europapolitisch bildet, sondern auch dediziert politisch arbeitet, sind wir überzeugt, dass Europa notwendig und ein besseres Europa möglich ist. Um aber vorwärts aus der Krise zu kommen, müssen Viele mit anpacken.

Unser Ziel ist die junge pro-europäische Zivilgesellschaft in ihrem Engagement durch bessere Vernetzung zu stärken. Dazu bringt die JEF bei der Europawerkstatt junge, ehrenamtlichen Multiplikator\*innen aus den unterschiedlichsten Verbänden mit politischen Entscheidungsträger\*innen zusammen. Eingebettet in den Strukturierten Dialog soll dieser Austausch nicht zuletzt den Entschei-

dungsträger\*innen bei ihrer Meinungsbildung helfen. Durch den Strukturierten Dialog werden auf Grundlage der Europäischen Jugendstrategie Jugendliche als eigenständige Akteure systematisch in politische Entscheidungen einbezogen.

Dialog auf Augenhöhe zwischen allen Teilnehmenden ist der methodische Anspruch. Bei der unconference gibt es ausschließlich Mitmacher\*innen, von denen jede\*r in einem offenen Moderationsprozess eine eigene Session anbieten kann. Denn ohne die sonst übliche Rollenteilung zwischen Teilnehmer\*innen und geladenen Expert\*innen wird ein besserer Austausch ermöglicht. Die JEF stellt den organisatorischen und methodischen Rahmen, Inhalte und Methoden der Sessions ebenso wie die Agenda werden von den Teilnehmenden selbst erstellt. Flankiert wird dies von methodengeleiteter Kennenlernen und der Möglichkeit angerissene Themen vertieft zu diskutieren oder konkrete Aktivitäten zu planen.

Natürlich werden in drei Tagen Vernetzen, Diskutieren und Planen nicht die Probleme Europas gelöst. Aber mit der Europawerkstatt schaffen wir neue Anknüpfungspunkte innerhalb der jungen Zivilgesellschaft, Denkansätze und neue Kontakte zwischen Verbänden und Entscheidungsträger\*innen, die letztlich Bausteine im gesamtgesellschaftlichen Prozess für ein besseres Europa sind.

**LUTZ GUDE**  
BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER

Junge Europäische Föderalisten Deutschland e.V.  
Sophienstraße 28/29 · 10278 Berlin  
E-Mail: [info@jef.de](mailto:info@jef.de) · Homepage: [www.jef.de](http://www.jef.de)  
[www.jef.de/magazin](http://www.jef.de/magazin)

## VERANSTALTER:



Die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland e.V. (JEF) sind eine überparteiliche politische Jugendorganisation, die sich seit 1949 für ein demokratisch geeintes Europa einsetzt. Die JEF Deutschland hat gut 3.200 Mitglieder und ist Teil der JEF-Europa mit ungefähr 30.000 Aktivisten.  
[www.jef.de](http://www.jef.de)

## PARTNER:



Die Europa-Union Deutschland (EUD) hat die Europawerkstatt inhaltlich und finanziell unterstützt. Die EUD ist der größte pro-europäische Verein in Deutschland. Unabhängig von Parteizugehörigkeit, Alter und Beruf engagieren sich die EUD-Mitglieder für ein demokratisches, freiheitliches und föderales Europa.  
[www.europa-union.de](http://www.europa-union.de)

## Hertie School of Governanc



Die Berliner Hertie School of Governance hat es sich zur Aufgabe gemacht, Studierende für Führungspositionen in Regierung, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft auszubilden. Sie ist ein internationales Zentrum mit einer multi-kulturellen Studierendenschaft und vielen anerkannten akademischen Projekten.  
[www.hertie-school.org](http://www.hertie-school.org)



## Erasmus+

Erasmus+ ist das Programm für Bildung, Jugend und Sport der Europäischen Union und fördert in diesem Jahr die Europawerkstatt. In Erasmus+ werden die bisherigen EU-Programme für lebenslanges Lernen, Jugend und Sport sowie die europäischen Kooperationsprogramme im Hochschulbereich zusammengefasst.  
[www.erasmusplus.de](http://www.erasmusplus.de)